

PRESSEMITTEILUNG Nr. 59/24

Luxemburg, den 22. März 2024

Rechtsprechungsstatistiken 2023: Bestätigung des strukturellen Anstiegs der Zahl der Rechtsstreitigkeiten vor dem Gerichtshof

Durch die teilweise Übertragung der Zuständigkeit des Gerichtshofs für Vorabentscheidungen auf das Gericht (dessen Kapazität in den letzten Jahren verdoppelt wurde) wird es möglich sein, die Arbeitsbelastung gleichmäßiger auf die beiden Gerichte zu verteilen

Gerichtshof

- Anstieg der Zahl der beim Gerichtshof erhobenen Klagen (Nichtigkeitsklagen und Vertragsverletzungsklagen, insbesondere im Bereich Umwelt).
- Bei den dem Gerichtshof 2023 vorgelegten Vorabentscheidungsersuchen entfiel der größte Anteil auf den Bereich Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (und betraf insbesondere das **Asylrecht**).
- Geografischer Ursprung der Vorabentscheidungsersuchen:
 - Im vergangenen Jahr haben sich Gerichte aus allen Mitgliedstaaten ohne Ausnahme an den Gerichtshof gewandt, was bezeugt, wie dynamisch der Dialog "von Richter zu Richter" ist;
 - Anstieg der Zahl der Ersuchen von Gerichten aus Bulgarien, Polen und Rumänien.

Gericht

- Die Schwelle von 20 000 beim Gericht seit seiner Errichtung anhängig gemachten Rechtssachen wurde überschritten¹.
- Bei den neuen Rechtssachen ist insbesondere in den Bereichen **geistiges Eigentum** und Wirtschafts- und Währungspolitik (vor allem **Bankenrecht**) ein Anstieg zu verzeichnen.
- Die **Zahl der erledigten Rechtssachen** hat sich **erhöht**, und die **Verfahrensdauer** konnte dank einer effizienten Rechtssachenbearbeitung und der Auswirkungen der Verdoppelung der Richterzahl auf einem **zufriedenstellenden Niveau** (durchschnittlich 18,2 Monate) gehalten werden.
- Anstieg der Zahl der von erweiterten Spruchkörpern mit fünf Richtern erledigten Rechtssachen (123 Rechtssachen, d. h. + 23 %).

Die Zahl der im Jahr 2023 bei den beiden Gerichten anhängig gemachten Rechtssachen überschritt erstmals in der Geschichte des Unionsorgans die symbolische Schwelle von 2 000. Dabei ist allerdings eine Reihe von 404 im Wesentlichen identischen Rechtssachen berücksichtigt, die im Oktober 2023 beim Gericht anhängig gemacht wurden². Werden diese Rechtssachen nicht einbezogen, ist die Zahl der neuen Rechtssachen zwar noch immer

hoch, liegt aber auf einem vergleichbaren Niveau wie in den Vorjahren (1710 im Jahr 2022 und 1720 im Jahr 2021).

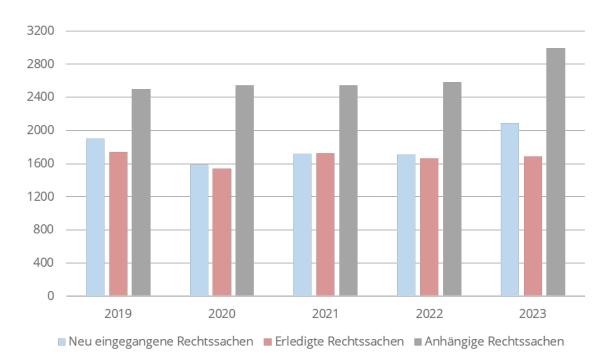
Diese Zahlen bestätigen somit den im vergangenen Jahrzehnt zu beobachtenden Trend eines Anstiegs bei den neu eingegangenen Rechtssachen. Dabei handelt es sich, insbesondere beim Gerichtshof, um einen strukturellen Anstieg.

So waren zwischen 2014 und 2018 beim Gerichtshof durchschnittlich 723 neue Rechtssachen pro Jahr zu verzeichnen, während es zwischen 2019 und 2023 bereits durchschnittlich 833 waren, was einen Anstieg um durchschnittlich 15 % (110 Rechtssachen jährlich) bedeutet.

Was die 2023 erledigten Rechtssachen betrifft, liegen die Zahlen für den Gerichtshof und das Gericht mit insgesamt1 687 Rechtssachen etwas über dem Durchschnitt der letzten Jahre (1 667 Rechtssachen jährlich zwischen 2019 und 2022).

Die Zahl der anhängigen Rechtssachen liegt dagegen auf dem Niveau der Vorjahre (wenn die bereits erwähnten 404 beim Gericht anhängig gemachten identischen Rechtssachen unberücksichtigt bleiben).

Allgemeine Entwicklung der Rechtsprechungstätigkeit des Unionsorgans 2019-2023



Gesamtübersicht	2019	2020	2021	2022	2023
Neu eingegangene Rechtssachen	1 905	1 584	1 720	1 710	2 092
Erledigte Rechtssachen	1 739	1 540	1 723	1 666	1 687
Anhängige Rechtssachen	2 500	2 544	2 541	2 585	2 990

Gerichtshof

Die Statistiken des vergangenen Jahres lassen erneut die **intensive Tätigkeit des Gerichtshofs** in den letzten Jahren erkennen. 2023 wurde der Gerichtshof mit 821 Rechtssachen befasst, d. h. einigen mehr als im Jahr 2022, und erledigte 783 Rechtssachen, was in etwa der Zahl der drei Vorjahre entspricht. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug – bei Berücksichtigung aller Arten von Rechtssachen – 16,1 Monate, und die Zahl der am 31. Dezember 2023 anhängigen Rechtssachen belief sich auf 1 149.

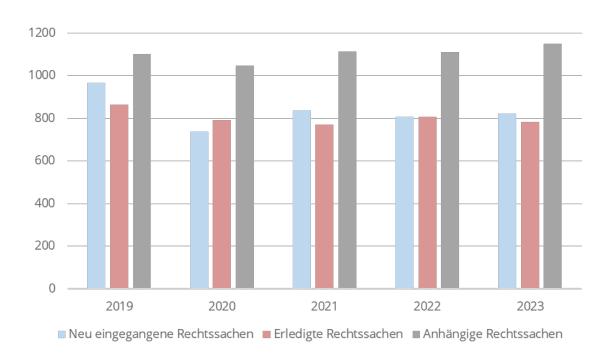
Die Aufschlüsselung der Rechtssachen nach ihrer Art entspricht ebenfalls im Großen und Ganzen den Vorjahren, da Vorabentscheidungsersuchen und Rechtsmittel zusammen nach wie vor 90 % aller beim Gerichtshof anhängig gemachten Rechtssachen ausmachen. Eine interessante Entwicklung ist allerdings bei der Zahl der Klagen zu verzeichnen. Während diese Zahl 2021 mit nur 29 neuen Rechtssachen einen historischen Tiefstand erreicht hatte, stieg sie 2023 auf 60 Rechtssachen, also auf mehr als das Doppelte. Dieser Anstieg ist sowohl auf die Zunahme der Nichtigkeitsklagen (8 Klagen im Jahr 2023 gegenüber 2 im Jahr 2022) zurückzuführen, wobei ein Mitgliedstaat, nämlich Polen, im vergangenen Jahr allein sieben Klagen gegen vom Unionsgesetzgeber erlassene Rechtsakte (in den Bereichen Umweltschutz und Energieeffizienz) erhoben hat, als auch auf die Zunahme der Vertragsverletzungsklagen: Die Kommission hat 2023 im Bereich Umwelt mehrere parallele Vertragsverletzungsverfahren gegen verschiedene Mitgliedstaaten angestrengt.

Bei den dem Gerichtshof 2023 vorgelegten Vorabentscheidungsersuchen entfiel der größte Anteil (82) auf das Rechtsgebiet des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die meisten dieser Ersuchen betrafen die Auslegung der Vorschriften über das Asylrecht und das System des internationalen Schutzes. Wie schon 2022 bezogen sich zahlreiche Vorabentscheidungsersuchen auf die Bereiche Steuern (53), Verbraucherschutz (52) und Verkehr (40).

Die letzten Monate des Jahres 2023 standen im Zeichen der Verhandlungen über den Legislativantrag, den der Gerichtshof im November 2022 an das Europäische Parlament und den Rat gerichtet hatte. Dieser Antrag zielt zum einen darauf ab, die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Vorabentscheidungen in sechs besonderen Sachgebieten (gemeinsames Mehrwertsteuersystem, Verbrauchsteuern, Zollkodex und zolltarifliche Einreihung von Waren in die Kombinierte Nomenklatur, Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fahrund Fluggäste, System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten) auf das Gericht zu übertragen, und zum anderen darauf, den Anwendungsbereich des im Mai 2019 in Kraft getretenen Mechanismus der vorherigen Zulassung von Rechtsmitteln gegen Entscheidungen des Gerichts zu erweitern.

Der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union Koen Lenaerts stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der "Gerichtshof wird damit in der Lage sein [wird], sich stärker auf seine Kernaufgaben als Verfassungsgericht und oberstes Gericht der Union zu konzentrieren. Wie in den letzten Jahren betreffen die beim Gerichtshof … anhängig gemachten Rechtssachen oft sensible Thematiken wie den Schutz rechtsstaatlicher Werte im Zusammenhang mit nationalen Justizreformen, die Asyl- und Einwanderungspolitik, den Schutz personenbezogener Daten und die Anwendung der Wettbewerbsregeln im digitalen Zeitalter, die Bekämpfung von Diskriminierung sowie Umwelt, Energie und Klimaschutz."

Allgemeine Tätigkeit des Gerichtshofs: neu eingegangene, erledigte und anhängige Rechtssachen (2019-2023)



Gesamtübersicht	2019	2020	2021	2022	2023
Neu eingegangene Rechtssachen	966	737	838	806	821
Erledigte Rechtssachen	865	792	772	808	783
Anhängige Rechtssachen	1 102	1 047	1 113	1 111	1 149

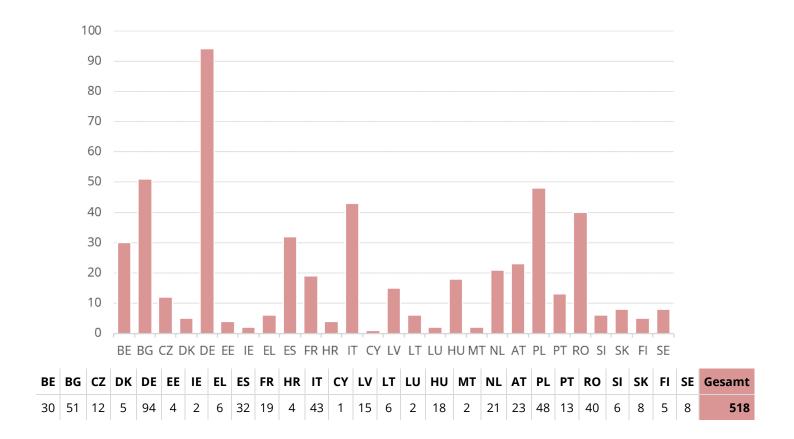
Zum geografischen Ursprung der 2023 beim Gerichtshof eingegangenen Vorabentscheidungsersuchen ist festzustellen, dass sich im vergangenen Jahr Gerichte aus **allen Mitgliedstaaten – ohne Ausnahme – an den Gerichtshof gewandt haben**, was bezeugt, wie dynamisch der durch die Verträge eingeführte Dialog "von Richter zu Richter" ist.

Die meisten Vorabentscheidungsersuchen wurden dem Gerichtshof 2023 von den **deutschen (94), bulgarischen (51), polnischen (48), italienischen (43), rumänischen (40), spanischen (32) und belgischen (30)** Gerichten vorgelegt.

Die Zahl der Vorabentscheidungsersuchen aus Polen im Jahr 2023 ist die höchste seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union vor 20 Jahren, während die Zahl der Vorabentscheidungsersuchen der bulgarischen Gerichte im Jahr 2023 nur wenig unter der Rekordzahl liegt, die diese Gerichte (mit 58 Ersuchen) im Jahr 2021 erreicht haben.

Eine ähnliche Feststellung lässt sich zu den Vorabentscheidungsersuchen aus Rumänien treffen. Mit nicht weniger als 40 Ersuchen an den Gerichtshof im Jahr 2023 haben die rumänischen Gerichte eine hohe Zahl von Vorlagen zur Vorabentscheidung eingereicht, die auch hier nicht allzu weit unter dem Höchststand liegt, der im Jahr 2019 erreicht wurde, als dem Gerichtshof 49 Vorabentscheidungsersuchen vorgelegt wurden.

Von Gerichten der Mitgliedstaaten anhängig gemachte Vorabentscheidungssachen (2023)



Gericht

2023 hat die Reform, mit der die Zahl der Richter des Gerichts verdoppelt wurde (Verordnung 2015/2422) ihre volle Wirkung entfaltet, was sich an den Statistiken ablesen lässt. Das Gericht hat bei einem Eingang von 1 271 neuen Rechtssachen (868, wenn die bereits erwähnten 404 Ende des Jahres anhängig gemachten identischen Rechtssachen unberücksichtigt bleiben) 904 Rechtssachen erledigt. Die durchschnittliche Verfahrensdauer verblieb mit 18,2 Monaten auf einem zufriedenstellenden Niveau und belegt eine effiziente Rechtssachenbearbeitung.

Der Präsident des Gericht Marc van der Woude hat in diesem Zusammenhang festgestellt, dass das Gericht "[d]as ganze vergangene Jahr über … seinen Modernisierungsprozess fortgeführt [hat], insbesondere um die Bearbeitung umfangreicherer und komplexerer Rechtssachen zu verbessern. Bei diesen Rechtssachen, die im Allgemeinen das Wirtschafts- und Finanzrecht betreffen, ist ein sowohl im Hinblick auf die Ressourcenallokation als auch im Hinblick auf die Arbeitsplanung maßgeschneiderter proaktiver Ansatz geboten. Da dabei auch die Vertreter der Parteien einbezogen werden, ist es möglich, die Verfahrensdauer zu verkürzen und stärker auf die Wünsche der Parteien einzugehen."

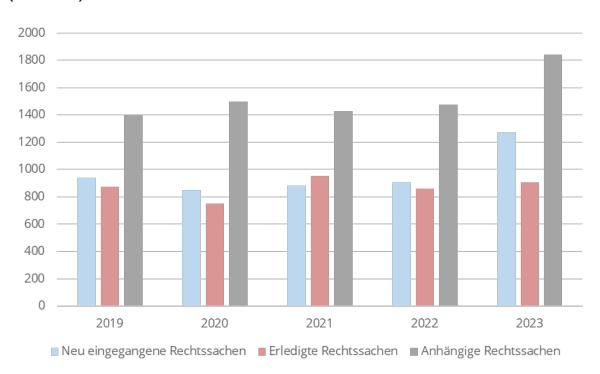
Hinsichtlich der Rechtsgebiete, die von den beim Gericht neu anhängig gemachten Rechtssachen betroffen sind, lässt sich insbesondere ein Anstieg der Zahl der Rechtssachen verzeichnen, die das **geistige Eigentum** (310 gegenüber 270 im Jahr 2022) und die Wirtschafts- und Währungspolitik, vor allem das **Bankenrecht** (56 neue Rechtssachen im Jahr 2023) betreffen. Weiterhin werden zahlreiche Rechtssachen anhängig gemacht, bei denen es um **restriktive Maßnahmen** geht, allerdings weniger als im Vorjahr, nämlich 63 Rechtssachen im Jahr 2023 gegenüber 103 im Jahr 2022. Die meisten von ihnen (41 der 63 Rechtssachen) beziehen sich auf die restriktiven Maßnahmen, die die Europäische Union 2022 gegenüber natürlichen Personen und Einrichtungen im Rahmen des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland erlassen hat. 2023 gab es auch erstmals Rechtssachen, bei denen es

um die Regulierung der digitalen Märkte und Dienste geht³.

Ferner hat sich der Trend bestätigt, dass die Zahl der Rechtssachen steigt, die von erweiterten Spruchkörpern mit fünf Richtern erledigt werden. So wurden im vergangenen Jahr 123 Rechtssachen (+ 23 % gegenüber 2022) von solchen Kammern erledigt, was knapp 14 % aller erledigten Rechtssachen entspricht. Eine Rechtssache (T-65/18 RENV, Venezuela/Rat, die restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela betrifft) hat das Gericht in der Besetzung als Große Kammer (15 Richter) erledigt.

Schließlich hat das Gericht im Hinblick auf die teilweise Übertragung der Zuständigkeit für Vorabentscheidungen in bestimmten Sachgebieten und die Erweiterung des Mechanismus der vorherigen Zulassung von Rechtsmitteln über das Jahr 2023 hinweg an den notwendigen Anpassungen seiner Organisationsregeln und an seinen künftigen Verfahrensvorschriften gearbeitet.

Allgemeine Tätigkeit des Gerichts: neu eingegangene, erledigte und anhängige Rechtssachen (2019-2023)



Gesamtübersicht	2019	2020	2021	2022	2023
Neu eingegangene Rechtssachen	939	847	882	904	1 271
Erledigte Rechtssachen	874	748	951	858	904
Anhängige Rechtssachen	1 398	1 497	1 428	1 474	1 841

Zur Verwendung durch die Medien bestimmtes nicht amtliches Dokument, das den Gerichtshof nicht bindet.

Pressekontakt: Marguerite Saché © (+352) 4303 3549

Bleiben Sie in Verbindung!









- ¹ Mit der Eintragung der am 8. Dezember 2023 anhängig gemachten Rechtssache T-1148/23, PAN Europe/Kommission, in das Register.
- ² Diese Klagen (T-620/23 bis T-1023/23) betreffen die Änderung des freiwilligen zusätzlichen Altersversorgungssystems der europäischen Abgeordneten.
- ³ Drei Kläger haben bereits vier Klagen beim Gericht erhoben, um die im Verfahren zur Benennung als Torwächter ergangenen Beschlüsse der Kommission anzufechten: Rechtssachen <u>T-1077/23</u>, Bytedance/Kommission (vgl. auch Pressemitteilung <u>Nr. 28/24</u>), T-1078/23, Meta/Kommission, und T-1079/23 und T-1080/23, Apple/Kommission.